

Kenia auf dem Weg zurück zur Bananenrepublik? Lektionen und Aussichten nach vier Jahren Kibaki-Regierung

Fritz Kopsieker und Sophie Kraume

Juli 2006

Seit dem Regierungswechsel 2002/2003 in Kenia sind fast vier Jahre vergangen. Die neue Führung war zunächst mit großem Enthusiasmus begrüßt worden. Doch schon bald wurden Risse innerhalb der „National Rainbow Coalition“ (NARC) sichtbar, die im vergangenen Jahr zu einem offenen Bruch geführt haben. Neue Korruptionsskandale, ein brutaler staatlicher Übergriff gegen eine unabhängige Tageszeitung sowie eine bizarre Affäre, in die Mitglieder der innersten Führungsriege des Landes und international gesuchte Betrüger gemeinsam verstrickt sind, haben dem Ansehen der Kibaki-Regierung großen Schaden zugefügt. Für Ende 2007 stehen die nächsten allgemeinen Wahlen an, im Zuge derer die Wähler ihr Urteil über die Leistungen der politischen Führung kund tun können. Diese Perspektive bietet Anlass für ein Resumée und einen Blick in die Zukunft.

1. Gute Regierungsführung?

Führungsschwäche

Präsident Kibaki wurde zunächst für seinen indirekten Führungsstil gelobt. Die Erfahrung, dass ein übermächtiger Präsident nicht laufend „durchregiert“, sondern seinen Ministern und Fachleuten Raum für eigene Initiativen und Entscheidungen lässt, war neu in Kenia. Es zeigt sich jedoch zusehends, dass Kibakis Führung sowohl eine inhaltliche als auch eine moralische Dimension fehlt. Der Präsident repräsentiert und wendet sich gelegentlich an sein Volk, um weitreichende Ankündigungen zu machen. Solche Botschaften

dienen häufig der Schadensbegrenzung, denn zahlreiche Kabinettsmitglieder scheint die Abwesenheit von Führung zu Amtsmissbrauch und Vetternwirtschaft zu verleiten, so dass die Regierung von einer peinlichen Enthüllung zur nächsten tappt. Kibaki verkündet dann häufig die Einrichtung einer Kommission oder die Schaffung eines neuen Gremiums zur Aufdeckung oder Behebung der Missstände. Es passiert dann in der Regel nichts mehr, aber der Präsident glaubt seiner besonderen Verantwortung gerecht geworden zu sein. So erschöpft sich die Rolle des Regierungschefs in der Bedienung des Big-Man-Klischees, welches Ki-

baki mit väterlichem Habitus ausfüllt, und damit in der gewollten oder ungewollten Komplizenschaft mit Non-Performern und Ganoven.

Missachtung des Rechtsstaats

Nicht nur im Zuge der Anglo-Leasing-Affäre, sondern auch im Zusammenhang mit dem illegalen Übergriff von Sicherheitskräften auf Redaktion, Druckerpresse und Radiosender der „Standard Group“ im Februar 2006 wurde deutlich, dass sich Teile der Regierung für unantastbar halten und dieser Haltung auch offen Ausdruck verleihen. So hat der Minister für innere Sicherheit zwar noch nicht die Gründe des Übergriffs dargelegt, die Wiederholung solcher Maßnahmen jedoch für den Fall angekündigt, das er dies für nötig halte.

Der aktuelle Skandal um zwei zwielichtige, international gesuchte Geschäftsleute stellt einen weiteren Ausdruck des Gefühls von absoluter Macht und Unberührbarkeit zentraler politischer Akteure in Kenia dar. Die sog. armenischen Brüder wurden in aller Hast des Landes verwiesen, nachdem sie im internationalen Flughafen Nairobis zur Waffe gegriffen hatten, um ankommenden Geschäftspartnern die Zahlung von Zoll auf eingeführte Waren zu ersparen. Die beiden verfügten über verschiedene offizielle kenianische Dokumente, die sie u.a. als kenianische Staatsbürger und hohe Polizeioffiziere auswiesen, und mit denen sie Zutritt zu den Sicherheitsbereichen aller Flughäfen des Landes hatten. In ihrem Haus wurden Schusswaffen, Munition und zahlreiche Fahrzeuge sichergestellt, von denen einige Regierungskennzeichen trugen. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass die

Geschäfte der beiden nicht nur legaler Natur waren und dass Teile der staatlichen Verwaltung gezielt von hoher Stelle zur Duldung und sogar zur Unterstützung dieser Transaktionen angewiesen wurden. Es wird inzwischen auch glaubhaft behauptet, dass die Durchsuchung der Redaktionsräume der Standard Group der Sicherstellung von Beweisen für diese Machenschaften diene, bevor diese veröffentlicht werden konnten.

Generell hält nicht nur aufgrund solcher Vorfälle mehr als die Hälfte der Kenianer Umfragen zufolge die gegenwärtige Regierung sogar für korrupter als ihre Vorgängerin. Für eine Führung, die ihr Amt mit dem Versprechen von Null-Toleranz gegenüber Korruption angetreten hat, ist dies ein vernichtendes Urteil.

Machtgerangel

Neben einem Mangel an inhaltlicher Orientierung und einer Verstrickung in dunkle Geschäfte prägt vor allem das alltägliche Punktespiel um die Macht das Handeln von Regierung und Opposition in Kenia. Die in der Verfassung des Landes verankerte Regelung, dass der Präsident sein Kabinett aus den Reihen der Parlamentsabgeordneten ernannt und die Tatsache, dass er diese Ernennungen i.d.R. unabhängig von institutionellen Arrangements zwischen den betroffenen Fraktionen vornimmt, sorgt für unklare politische Konturen. Hinzu kommt, dass knapp ein Drittel der Abgeordneten über die Ernennung zu Ministern oder stellvertretenden Ministern zur Exekutive gehört. Damit wird die Trennung von der Legislative zu einem großen Teil verwischt. Politische Parteien werden in Kenia fast ausschließlich als Vehikel zum Erwerb von Macht aufgefasst.

Da keine Partei realistische Aussichten auf eine eigene stabile Mehrheit hat, finden fast permanent Verhandlungen über Allianzen statt. Solche Bündnisse werden zwar landläufig als „Koalitionen“ bezeichnet, entbehren i.d.R. aber jeglicher inhaltlicher oder ideologischer Grundlage.

Mit dem Zerfall der NARC in ihre Bestandteile verläuft auch die zentrale politische Auseinandersetzung außerdem wieder verstärkt entlang ethnischer Linien. Zahlreiche Spitzenpolitiker des Landes sind ein integraler Bestandteil dieser aktuellen Entwicklung. Eine Aktivierung der Bevölkerung auf der Basis ethnischer Ressentiments scheint wesentlich leichter zu fallen, als ein überzeugendes Eintreten für inhaltliche Reformen. In Kombination mit der auf den eigenen materiellen Vorteil ausgerichteten Agenda der meisten Abgeordneten werden diese inzwischen als „ethnic entrepreneurs“ bezeichnet.

Fehlende 'Checks and Balances'

Die in Skandale verwickelten Entscheidungs- und Funktionsträger können sich i.d.R. ohne größere Probleme im Amt halten. Die in der Gesellschaft real existierenden Mechanismen und Wertschätzungen erlauben politischen Führern zumeist ein Weitermachen, trotz offensichtlicher Inkompetenz oder Korruption. Sei es ein in der Kultur verankerter Reflex, Führungsfiguren nicht zur Rechenschaft zu ziehen, oder das kollektive Bedürfnis nach Harmonie, zumindest an der Oberfläche. Es ist erstaunlich, womit das relativ gebildete und aufgeklärte kenianische Volk seine politische Elite davonkommen lässt, besonders nach dem einschneidenden Erlebnis des de-

mokratischen Machtwechsels im Jahre 2002. Die meisten Kenianer scheinen über eine große Geduld zu verfügen oder sich dem Fatalismus hinzugeben.

Dass es trotz der Verfügbarkeit von Informationen über die Armut im Land und über illegale oder selbstbereichernde Aktivitäten politischer Führer kaum Konsequenzen gibt, liegt nicht nur an einer ineffektiven Staatsanwaltschaft und einer Gerichtsbarkeit, die politischen Einflüssen unterliegt, sondern auch in der Verantwortung zivilgesellschaftlicher Organisationen. Längst sind zahlreiche Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) zum festen Bestandteil des Kampfes um die Macht geworden, nicht zuletzt weil auch eine Anzahl ihrer Führer ein Auge auf ein lukratives Abgeordnetenmandat geworfen haben. Die ursprünglich als Erfolg gefeierte enge Verknüpfung zwischen politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Zuge der letzten allgemeinen Wahlen entpuppt sich immer mehr als Gift für die kenianische Gesellschaft. Außerdem leben viele NROs gut von der Finanzierung ausländischer Geber und haben kein ernsthaftes Interesse an wirklichen Veränderungen. Einen potenten Gegenpol zur organisierten Politik gibt es kaum noch.

2. Ergebnisse der NARC-Politik

Jenseits der täglichen, von Skandalen der Regierung geprägten Schlagzeilen und der weit verbreiteten Enttäuschung über die Kibaki-Administration ist es angemessen, eine nüchterne Bestandsaufnahme der Leistungen der politischen Führung des Landes zu versuchen. Schließlich kam Kibaki mit dem Versprechen an die Macht, beinahe al-

les anders und besser zu machen als sein Vorgänger.

Politische Freiheit

Die wohl einschneidendste Verbesserung betrifft die grundlegenden politischen Freiheiten. Seit dem Regierungswechsel kann in Kenia offen über Politik diskutiert und publiziert werden. Menschen verschwinden nicht mehr von der Straße, werden nicht mehr gefoltert oder gar ermordet, weil sie den herrschenden Interessen nicht genehm sind, was nun viele Kenianer nutzen, um weitaus aktiver ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu reflektieren. Diese Veränderung stellt einen positiven Wert an sich dar und bedeutet gleichzeitig, dass sich die neue Regierung an ihren Wahlversprechen und an gewachsenen Erwartungen messen lassen muss.

Allerdings fordern Mitglieder des Kabinetts, aber auch des Parlaments, zunehmend eine stärkere staatliche Regulierung der Medien. So ist zum Beispiel ein Gesetz zur Einführung eines mit staatlicher Sanktionsgewalt ausgestatteten Medienrates in Vorbereitung. Der Druck auf die unabhängigen Medien und besonders auf die „Kenya Broadcasting Corporation“ regierungsfreundlich zu berichten, hat stark zugenommen.

Bildung und Gesundheit

Unbestrittene Errungenschaften hat die Kibaki-Administration in den Bereichen Grundschulbildung und Gesundheit erzielt. So ist z.B. die Einschulungsrate stark gestiegen, mehr Gesundheitszentren wurden eröffnet und die Zahl des im Gesundheitswesen tätigen Personals wurde erhöht. Kleinkinder erhalten kostenlose Behandlung bei Malaria- und TB-

Infektionen in den staatlichen Krankenhäusern. Die Gebühren für die Behandlung von HIV/AIDS-Patienten wurden massiv gesenkt. Allerdings scheiterte die Einführung einer allgemeinen und paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanzierten Krankenversicherung am Widerstand der Wirtschaftsverbände. Präsident Kibaki hatte sich deren Kritik hinsichtlich einer zu großen Kostenbelastung durch dieses Vorhaben zu eigen gemacht und die Initiative seiner Gesundheitsministerin auf Kabinettssebene kassiert.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftspolitischen Leistungen der Kibaki-Regierung sind nur schwer zu beurteilen. Betrachtet man vor allem die Wachstumsrate, so zeichnet ein Wert von 5,8% im Jahre 2005 ein positives Bild. Besonders die gute Entwicklung in den Branchen Tourismus, Transport und Kommunikation sowie Bau ist unter anderem auf staatliche Anreize zurückzuführen. Danach hat auch die Anzahl von Beschäftigungsverhältnissen insgesamt um 5,9% zugenommen. Allerdings wurde die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts auf der Basis einer veränderten statistischen Grundlage ermittelt. Eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahren ist damit nur bedingt gegeben. Dieses tendenziell positive Bild wird durch eine weiterhin hohe Inflationsrate (10,3%) und eine stark wachsende Verteilungsungerechtigkeit bei den Einkommen getrübt. Die absolute Armut von über 60% ist weiter leicht angestiegen, während die relative Armut massiv zugenommen hat. Zu den historisch bedingten regionalen Disparitäten im Land gesellt sich zunehmend der Gegensatz zwischen

einem politisch angebundenen Großbürgertum und der Masse der Kenianer, die eine marginale Existenz fristet. Ein Mittelstand bildet sich nur sehr langsam und fast ausschließlich in den wenigen urbanen Zentren des Landes heraus.

Für wiederkehrende Schlagzeilen sorgen die neu eingeführten „Constituency Development Funds“ (CDF). Diese Gelder, die bisher 2,5% der gesamten Steuereinnahmen des Landes (ca. € 80 Mio.) umfassten, werden den Abgeordneten des Parlaments für Entwicklungsprojekte in ihren Wahlkreisen zur Verfügung gestellt. Es scheint jedoch kaum eine Abstimmung mit den Projekten des regulären Verwaltungsapparates stattzufinden, so dass es im Endeffekt regelmäßig zu Reibungsverlusten und Unwirtschaftlichkeit beim Einsatz öffentlicher Mittel kommt. Naturgemäß stellt der Einsatz der CDF-Gelder für viele Abgeordnete eine enorme Versuchung dar, ihre Position im Wahlkreis gegenüber politischen Konkurrenten abzusichern. So wurde im Rahmen der jüngsten Haushaltsberatungen des Parlaments der Anteil der CDF-Mittel auch auf 7,5% der Steuereinnahmen verdreifacht. An der Basis bleibt diese Intervention umstritten. Ihre konkrete Wirkung variiert stark mit der Person des jeweiligen Abgeordneten.

Verfassungsreform

Die NARC-Regierung hatte ihre Amtszeit mit dem Versprechen begonnen, binnen 100 Tagen dem Land eine neue Verfassung zu geben, die u.a. eine Aufteilung der Macht zwischen Zentralregierung und Regionen sowie zwischen Präsident und Premierminister regeln sollte. Beides fand sich nicht mehr in

dem Entwurf der Kibaki-Fraktion, der nach einem in Rückgriff auf ethnische Ressentiments geführten Wahlkampf in einem Referendum im November 2005 von der Bevölkerung folgerichtig abgelehnt wurde. Das inzwischen mehr als zehn Jahre andauernde Projekt, dem Land eine neue grundlegende Ordnung zu geben, die Möglichkeiten zum Machtmissbrauch stark reduziert und die Verteilung der öffentlichen Ressourcen auf eine gerechtere Grundlage stellt, sieht damit einer völlig ungewissen Zukunft entgegen.

Dieser Verlauf der Verfassungsreform ist weitgehend repräsentativ für das in jüngster Zeit wohl wichtigste Ergebnis des Wirkens der Kibaki-Regierung: der Rückkehr einer starken Entfremdung zwischen der politischen Führung und dem Volk.

3. Die kommenden Wahlen

Was bedeutet nun diese Situation, insbesondere in Hinblick auf das kommende Wahljahr? Zunächst ist festzustellen, dass es die ursprüngliche NARC-Regierung bereits seit 2004 nicht mehr gibt. Seitdem prägen offene und verdeckte Bündnisverhandlungen zwischen den Parteien die politische Landschaft. Das Lager des Präsidenten ist bemüht, von den Resten des guten Ansehens der ursprünglichen NARC zu profitieren und gleichzeitig eine neue institutionelle Basis für den kommenden Wahlkampf, eine Partei mit dem Namen NARC-Kenya, aufzubauen.

Präsidentschafts-Kandidaten

Vor diesem Hintergrund versucht sich eine Gruppe von Präsidentschaftskandidaten, für eine offizielle Nominierung durch ihre jeweilige Partei und für einen Erfolg bei den

Wahlen zu positionieren. Zu dieser Gruppe gehören vor allem Raila Odinga und Kalonzo Musyoka von der LDP, Uhuru Kenyatta und William Ruto von der KANU sowie Musikari Kombo vom „Forum for the Restoration of Democracy-Kenya“ (FORD-K). Präsident Kibaki hat sich bisher bedeckt gehalten. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass er trotz seines Alters und seiner angeschlagenen Gesundheit, aufgrund des Drängens seiner ehrgeizigen Frau und der Initiatoren der NARC-Kenya-Partei, erneut kandidieren wird. Im Lager des Präsidenten ist bisher auch kein anderer Kandidat in Sicht. Bei keinem der bekannten Bewerber ist indessen deutlich, für welche inhaltlichen oder ideologischen Leitlinien er eintritt. Die Oppositionskandidaten versuchen, über Kritik an der Regierung sowie über ihre Persönlichkeit und ethnische Zugehörigkeit Punkte zu erzielen. Kibaki scheint hingegen vor allem auf die Wirkung von Pomp und Flair des Amtsinhabers zu setzen. Der Zugang zu staatlichen Ressourcen während des anstehenden Wahlkampfes wird sich ebenfalls günstig für ihn auswirken. Nicht zuletzt kann Kibaki darauf spekulieren, dass sich seine Herausforderer gegenseitig Wählerstimmen streitig machen und er daher der lachende Sieger sein wird.

Strategien der Abgeordneten

Umfragen deuten bereits darauf hin, dass weit über die Hälfte der Parlamentsabgeordneten wegen ungenügender Leistung mit einer Ablösung rechnen muss. Die Verärgerung an der Basis ist groß. Gleichzeitig gibt es viele Hinweise darauf, dass eine große Zahl der gegenwärtigen Abgeordneten bereit ist, ihr Mandat mit

allen Mitteln wiederzuerlangen. Die Kombination von enormen materiellen Vorteilen, Macht und Statussymbolen, die der Sitz im Parlament mit sich bringt, ist so attraktiv und verführerisch, dass selbst die Anwendung von Terror und Gewalt zur Erreichung einer Wiederwahl wahrscheinlich ist. Es gibt bereits deutliche Anzeichen für eine solche Tendenz.

Das Kibaki-Lager bildet in diesem Zusammenhang keine Ausnahme. Allerdings sind die Minister und Vize-Minister zusätzlich in der Lage, sich der Möglichkeiten, die ihre Ämter mit sich bringen, während des Wahlkampfes zu bedienen. Während der Nachwahlen in fünf nördlichen Wahlkreisen Ende Juli war bereits der gezielte Einsatz von Nahrungsmittelhilfe und staatlicher Verwaltung zum Vorteil der NARC-Kenya-Kandidaten zu beobachten. Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass diese Verstöße gegen die Wahlordnung trotz ausdrücklicher Mahnung durch die Wahlkommission erfolgten. Dieses Vorgehen passt zu der bereits erwähnten Haltung von Teilen der Regierung, sich außerhalb der Geltung von Recht und Gesetz zu sehen. Kurz nach den jüngsten Nachwahlen forderte dann auch ein Kabinettsmitglied den Vorsitzenden der Wahlkommission zum Rücktritt auf, weil dieser es an Respekt gegenüber der Regierung fehlen lasse.

Rolle der Parteien

Auch die Parteien haben an einer sauberen Politik kein großes Interesse. Sie werden vom Einfluss und Machtstreben der sog. „Luminaries“, der Parteioberen dominiert, welche auch die Beschaffung der nötigen finanziellen Mittel für ihre jeweilige

Organisation sicherstellen. Anstatt ein Profil aufzubauen, welches über das eines Apparats zum Machterwerb für eine primär ethnisch geprägte Gruppe von politischen Führern hinausgeht, verlieren sich die Oppositionsparteien in den Flügelkämpfen ihrer jeweiligen Bewerber um das Präsidentenamt. Anstatt den Rest der Legislaturperiode für überzeugende Initiativen zu nutzen, übt sich die neue Regierungspartei NARC-Kenia im konsequenten Einsatz des Regierungsapparates im Wahlkampf und zur Gängelung der verbleibenden kritischen Institutionen. Da laut kenianischer Verfassung nur durch Parteien aufgestellte Personen zur Wahl antreten dürfen, wird die erste Entscheidung über die weitere Zukunft des Landes innerhalb der nominierenden Organisationen getroffen. Vor dem Hintergrund einer kaum ausgeprägten internen Demokratie, intransparenter Entscheidungsstrukturen und Finanzen sowie der Abwesenheit einer staatlichen Förderung wird die Kandidatennominierung von den Parteien häufig als einträgliches Geschäft missbraucht. Geld und Nähe zum herrschenden Führungsklüngel spielen dabei die Hauptrollen.

Politikverdrossenheit

Trotz dieses höchst unbefriedigenden Panoramas ist das endgültige Wählerverhalten beim kommenden Urnengang nur schwer vorher zu sagen. Es gilt als sicher, dass sich der anstehende Wahlkampf durch eine extrem intensive Auseinandersetzung an mehreren Fronten gleichzeitig auszeichnen wird. Angesichts der Charakteristiken der Parteienlandschaft und der Vielzahl relativ populärer Anwärter auf die Präsident-

schaft ist mit einer Verengung der Auseinandersetzung auf nur zwei Lager, wenn überhaupt, erst in einem fortgeschrittenen Stadium des Wahlkampfes zu rechnen. Aufgrund der vorherrschenden Desillusionierung vieler Wähler mit den amtierenden Parlamentsabgeordneten und mit dem Nominierungsgebaren der etablierten politischen Lager, könnten die Kandidaten kleinerer und noch nicht im Misskredit geratener Parteien eine echte Chance bekommen. Allerdings bleibt unklar, inwieweit die Empfänglichkeit vieler Wähler für unmittelbare materielle Vorteile - seien sie real oder nur in Aussicht gestellt - und die Fähigkeit der bekannten politischen Schwergewichte zur euphorischen Stimmungsmache im Wahlkampf eine gegenläufige Wirkung erzielen werden

Nicht zuletzt ist auch in Kenia Politikverdrossenheit zu verzeichnen. Selbst an den bahnbrechenden letzten Wahlen Ende 2002 beteiligten sich nur 57% der wahlberechtigten Bevölkerung. Die Entscheidung, zu wählen, wird für viele Bürger von einem Dilemma geprägt sein: dem Bedürfnis auf der einen Seite, den amtierenden Abgeordneten abzustrafen und der Einsicht auf der anderen, dass keine besseren Optionen zur Wahl stehen.

4. Schlussfolgerungen

Enttäuschende Regierungsbilanz

Im Zusammenhang mit der jüngeren politischen Entwicklung in Kenia ist häufig geäußert worden, dass die ursprünglichen Erwartungen in die Kibaki-Administration unrealistisch hoch waren. Es besteht auch kein Zweifel daran, dass die Gewährleis-

tung der meisten demokratischen Grundfreiheiten, wie sie seit 2003 in Kenia erfolgt, ein sehr hohes Gut darstellt. Dennoch sind der Regierung grobe Versäumnisse vorzuwerfen. Selbst konkrete und wichtige Errungenschaften, wie eine verbesserte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und eine höhere Einschulungsrate, kommen kaum zur Geltung, wenn das Auftreten der Regierung häufig von Arroganz, Unantastbarkeitsbekundungen und verschwenderischem Luxus geprägt ist. Eine visionäre Führung auf nationaler Ebene ist nicht zu spüren. Besonders die wieder gestiegene Bedeutung ethnischer Faktoren in der Auseinandersetzung um Macht und Ressourcen ist dem Präsidenten als Führer der Nation vorzuwerfen. Die Regierung hat ihre Vorschusslorbeeren zu einem großen Teil auf leichtfertige und überhebliche Art verspielt. Eine Entfremdung zwischen politischer Elite und Bevölkerung breitet sich wieder aus. Diese Entwicklung geht sogar so weit, dass selbst der wenig geliebte Alt-Präsident Moi wieder politische Versammlungen abhalten kann und dabei breiten Zulauf und Applaus erhält.

Schwache Zivilgesellschaft

Dieses Abdriften der Kibaki-Regierung ist auch durch die anhaltende Schwäche der kenianischen Zivilgesellschaft und kritische Faktoren in der politischen Kultur des Landes ermöglicht worden. Zwar wird das Regierungshandeln allgemein aufmerksamer verfolgt und kritischer kommentiert, es fehlen jedoch weitgehend die institutionellen Transmissionsriemen, die für eine effektive Beeinflussung „von unten“ sorgen

könnten. Auch die Parlamentsabgeordneten sind den in sie gesetzten Erwartungen nicht gerecht geworden. Der Volksvertretung kann kollektiv sogar eine kleptokratische Tendenz vorgeworfen werden. Vor diesem Hintergrund steigt erneut der Druck im Kessel der kenianischen Gesellschaft.

Prognose

Dennoch ist es gut möglich, dass die nächsten Wahlen das Kibaki-Regime im Amt bestätigen werden. Allerdings würde eine solche Wiederwahl nach gegenwärtiger Einschätzung nicht wegen der bisherigen Verdienste der Regierung, sondern vor allem aufgrund einer gespaltenen Opposition und des massiven Einsatzes staatlicher Ressourcen für den Wahlkampf des Regierungslagers erfolgen. Hinzu käme die Abwesenheit überzeugender personeller und institutioneller Alternativen. Zusätzlich besteht auch die Möglichkeit, dass sich die von zentralen Kabinettsmitgliedern neugegründete Partei NARC-Kenya landesweit etabliert und dadurch entschieden besser da steht als die bisherige Partei des Präsidenten, die „Democratic Party“ (DP), die vor allem als Partei der Kikuyu-Wirtschaftselite gilt. Entsprechend schwerer hätten es besonders die Teile der Opposition, denen es bisher nicht gelungen ist, das Stigma einer Stammespartei abzulegen. Nicht zuletzt sind weit verbreitete Regelverstöße und Gesetzesverletzungen, bis hin zum Einsatz von Gewalt, im Zuge von Wahlkampf und Wahl im kommenden Jahr bereits jetzt abzusehen.

Die Wahlen im Dezember 2007 werden also einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen. Die nächste

Regierung wird sich voraussichtlich den Vorwurf gefallen lassen müssen, unter Missachtung bestehender Gesetze ins Amt gekommen zu sein. Und es wird weiterhin viel geduldige Arbeit an allen Fronten notwendig sein, um zu gewährleisten, dass die politische Führung Kenias eines Tages tatsächlich im Wesentlichen das hält, was sie ihren Wählern verspricht.

Zu den Autoren:

Fritz Kopsieker ist Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kenia.

Sophie Kraume ist Praktikantin im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kenia.

Ansprechpartnerinnen:

Nicole Nestler, Tel.: 0228-883 588
(Nicole.Nestler@fes.de)

Sabine Schöneiseiffen,
Tel.: 0228-883 589
(Sabine.Schoeneseiffen@fes.de)

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Afrika
Godesberger Allee 149
53170 Bonn
Fax: 0228-883 623